A 008 DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung

Beschäftigung im Dienstleistungsbereich sozial gestalten – Öffentliche Dienstleistungen ausbauen

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der 19. ordentliche Bundeskongress des DGB wird gebeten, den nachfolgenden Antrag zu beschließen. f

Der DGB fordert einen **aktiven Sozialstaat**, in dem öffentliche Dienstleistungen und staatliches Handeln darauf ausgerichtet sind, die Menschen vor sozialen Risiken zu schützen, wirksam gegen Armut und Ausgrenzung zu kämpfen und für ein Bildungssystem zu sorgen, das allen gleiche Chancen eröffnet. Darüber hinaus fordern wir eine demokratische Wirtschaftsordnung und eine gerechte Steuerpolitik, die die Konzentration auf die Stärkung des Reichtums Einzelner beendet. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Von den Landesregierungen fordert der DGB eine **Bundesratsinitiative** zur gesetzlichen Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnissen mit dem Ziel, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder auszuweiten. Mini- und Midi-Jobs gehören ebenso abgeschafft wie Ein-Euro-Jobs. Die Leiharbeit muss eingeschränkt und gleicher Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an durchgesetzt werden.
Außerdem brauchen wir zu den branchenbezogenen Mindestlöhnen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.
f
Der DGB und seine Gewerkschaften fordern eine branchenübergreifende **Qualifizierungsoffensive** mit Politik, Unternehmen und der Bundesagentur für Arbeit, um dem drohenden Fachkräftemangel in den Dienstleistungs-berufen schnellstmöglich zu begegnen. Diese Offensive muss sowohl die verstärkte Berufsausbildung als auch die Qualifizierung von Arbeitslosen sowie die Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten umfassen.

Besondere Finanzmittel und Investitionsmittel fordert der DGB vor allem in den Dienstleistungsbereichen Gesundheit, Bildung und Soziales, wie zum Beispiel

- bei der Krankenhausfinanzierung sowohl im Personalbereich als auch bei der Gerätetechnik
- in der Altenpflege vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des zunehmenden Pflegebedarfs älterer Menschen
- bei den Betreuungs- und Bildungsangeboten in Kitas für alle Bevölkerungsgruppen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs
- bei der personellen und baulichen Ausstattung der Schulen zur Durchsetzung von Bildungsstandards wie in anderen europäischen Ländern
- bei der personellen und investiven Ausstattung der Hochschulen in Forschung, Lehre und Entwicklung
- in der Jugend- und Sozialarbeit, um Menschen in sozialen Brennpunkten vor allem in städtischen Ballungsräumen zu helfen.